



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung*

**Gemeinsamer Antrag**

Datum 15.02.2006

**Drucks. Nr.** VO/0186/06  
öffentlich

---

Zur Sitzung am  
**15.02.2006**  
**20.02.2006**

Gremium  
**Hauptausschuss**  
**Rat der Stadt Wuppertal**

---

**Für ein familienfreundliches Wuppertal**  
**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 10.02.2006**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Auswertung der Ergebnisse des ersten Workshops mit Politik, Verwaltung und mehreren Akteuren beantragen die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wuppertal, der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Wuppertal verwirklicht den im Juli 2004 vom Rat beschlossenen Beitritt zum „Lokalen Bündnis für Familien“ unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien in einem dynamischen Prozess zu verbessern.
2. Der Rat beschließt die vorrangige Bearbeitung der Handlungsfelder „Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Hilfen zur Erziehung für Familien“. Für das Bündnis sollen neben Verwaltung und Politik, Trägern und Einrichtungen, Beratung und Wissenschaft, Kirchen und Medien, Schulen und Elterninitiativen, Wirtschaft und Gewerkschaften als Akteure gewonnen werden.
  - 2.1 In enger Kooperation mit dem Netzwerk Neues Wuppertal werden gemäß der Schwerpunktsetzung „Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ insbesondere Wuppertaler Unternehmen als Akteure des Lokalen Bündnisses für Familie gewonnen.

2.2 Die Verwaltung bereitet dies auf der Grundlage einer Darstellung der vielfältigen wirtschaftlichen Nutzeffekte für Unternehmen auf der Grundlage der gemeinsamen Studie des Bundesfamilienministeriums und der Prognos-AG vor. ([www.prognos.com](http://www.prognos.com))

3. Die Entwicklung Wuppertals zu einer familienfreundlicheren Stadt gehört zu den strategischen Zielen von Oberbürgermeister und Rat.  
Für dieses zentrale Handlungsfeld der Zukunft unserer Stadt richtet der Oberbürgermeister eine Stabsstelle Bündnis für Familien (Familienbeauftragte) in seinem Geschäftsbereich ein, die der Koordination, Initiierung und Steuerung des Prozesses dient sowie der Gewährleistung der stetigen Präsenz des Themas Familienfreundlichkeit in der lokalen Wahrnehmung.
4. Die Verwaltung legt dem Rat bis zur Osterpause als Arbeitsgrundlage des Bündnisses für Familien eine Netzwerkanalyse bestehender Angebote und Akteure vor und unterbreitet Vorschläge zur Optimierung, einer passgenaueren Kooperation, Weiterentwicklung und Vermarktung.
5. Der vorhandene Internetauftritt der Stadt „Familie & Co.“ wird zu einem neuen Link „Familien willkommen“ mit Lotsenfunktion ausgebaut, über den alle Akteure, Angebote und Einrichtungen inkl. des Familienclubs Wuppertal benutzerfreundlich erreicht werden können.

5.1 In Zusammenarbeit von Fachverwaltung, Presseamt und ggf. der Stadtmarketing GmbH wird ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit des Lokalen Bündnisses für Familien entwickelt.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Modell der Bielefelder Kindertagesstätte „Flachsfarm“ im Rahmen eines Pilotprojekts die Schaffung einer Einrichtung bzw. Umwandlung einer Betreuungsgruppe zu prüfen, die konsequent der Leitidee einer flexibilisierten Kinderbetreuung für berufstätige Eltern verpflichtet ist.

6.1 Insbesondere die angebotenen alternativen Finanzierungsmodelle für Unternehmen und Eltern sind entscheidungsreif darzulegen.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Handlungsprogramms für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und im Kontext des JHA-Beschlusses vom 19.04.2005 ihr Gesamtkonzept „Tagespflege“ vorzulegen und die Kosten für die Schaffung zusätzlicher Tagespflegeplätze (Tagesmütter) auf der Basis der Ausweitung um 350 Plätze zu ermitteln.

8. Angesichts der dramatischen demographischen Entwicklung und der schwerwiegenden integrations- und segregationspolitischen Herausforderungen unserer Stadt ist die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren ein zentraler Baustein. Der Rat der Stadt beschließt daher für die vom 15. Mai 2006 – 31. März 2007 dauernde Erprobungs- und Entwicklungsphase der Familienzentren in NRW folgende Zielvorgaben für die Verwaltung:

8.1 Soweit das Jugendamt der Stadt Wuppertal bei der Auswahl der Einrichtungen, die an der Pilotphase teilnehmen, beteiligt ist, ist dafür Sorge zu tragen, dass die beiden Prototypen: „Galerie“ und „Lotse“ zum Zweck einer ergebnisorientierten Auswertung im Hinblick auf Wirkungsweise, Wirtschaftlichkeit, Bedarf und Qualität im Jugendamtsbereich arbeiten.

8.2 Familienzentren-Projekte in problembehafteten Stadtteilen sind zu bevorzugen. Unterschiedliche Profile sind anzustreben. Trägervielfalt ist zu gewährleisten.

8.3 Für nicht im Rahmen des landesweiten Wettbewerbs berücksichtigte Projekte ist bei Aufnahme ihrer Arbeit ein Transfer der Ergebnisse der Pilotphase sicherzustellen.

9. Die Verwaltung wird beauftragt, das Modell der „Elternschule“ der Stadt Hamm im Hinblick auf örtliche Gegebenheiten und Entwicklungspotentiale auszuwerten. Zur Berücksichtigung einer frühestmöglichen „Einschulung“ sind in Zusammenarbeit mit den Entbindungsstationen der Wuppertaler Krankenhäuser geeignete Vorschläge zur Umsetzung in Wuppertal bis zum Juni zu unterbreiten.

### **Begründung:**

Der in Wuppertal deutlich werdende signifikante Bevölkerungsrückgang und der sich dramatisch verändernde Altersaufbau der Stadtbevölkerung erfordern eine zielgerichtetere Verfolgung des strategischen Ziels „Schaffung eines familienfreundlichen Wuppertals“.

Trotz eines tendenziellen Stops der Wanderungsverluste wird die Wuppertaler Stadtbevölkerung auf 342.000 Einwohner im Jahr 2015 sinken. Dies hat gravierende Folgen für die soziale und technische Infrastruktur unserer Stadt.

Damit Wuppertal sich im interkommunalen Wettbewerb um Arbeitsplätze, Einwohner und Finanzzuweisungen erfolgreich behaupten kann, muss die Zukunfts- und Querschnittsaufgabe „Familienfreundliches Wuppertal“ mit einem Bündel miteinander vernetzter Maßnahmen energischer und ergebnisorientierter verfolgt werden.

Die im Jahr 2004 gegründete und vom Bundesfamilienministerium initiierte Aktion „Lokales Bündnis für Familien“, das bereits in mehr als 260 Kommunen existiert und sich in mehr als 200 Kommunen in der Gründung befindet, stellt nach übereinstimmender Auffassung von Rat und Verwaltung hierzu den geeigneten Handlungsrahmen dar.

zu 2. und 6.

Die unterschiedlichen Handlungsfelder der Querschnittsaufgabe „Familienfreundliches Wuppertal“ erfordern gerade zu Beginn dieses Prozesses eine Schwerpunktsetzung.

Eine gemeinsame Studie des Bundesfamilienministeriums und der Prognos-AG ([www.prognos.com](http://www.prognos.com)) belegt die vielfältigen wirtschaftlichen Nutzeffekte für Unternehmen, die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihren Unternehmen anbieten.

Die Studie untersucht anhand ausgewählter Gebietskörperschaften repräsentativ den ökonomischen Nutzen des Lokalen Bündnisses für Familien. Viele Unternehmen haben bereits den Nutzen einer familienbewussten Personalpolitik erkannt und können auf ihre gut ausgebildeten weiblichen Mitarbeiter nicht verzichten: Die Senkung von Fehlzeiten und Krankenstand, die Verringerung der Fluktuation, die Reduzierung des Aufwands zur Wiederbesetzung einer Stelle, die Erhöhung der Rückkehrquote und Senkung der Abwesenheitsdauer nach dem Mutterschutz sowie weitere Gesichtspunkte bieten den Unternehmen handfeste ökonomische Vorteile.

Für wirksame Maßnahmen im Handlungsfeld „Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ müssen viele Unternehmensakteure gewonnen werden. Wuppertaler Unternehmen

und Freiberufler jeder Unternehmensgröße müssen orientiert an der Leitidee einer flexibilisierten Kinderbetreuung die passgenauen Antworten auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter und die Fragestellung ihres Personalmarketings bieten und auch erhalten können. Hierfür bietet eine Vernetzung und Kooperation mit Trägern und Einrichtungen im Bündnis für Familien den idealen Handlungsrahmen.

zu 3.

Kommunale Familienpolitik ist in der Zielverfolgung Chefsache. Neben den stadtentwicklungspolitischen und ökonomischen Gründen ist die Familie nach wie vor die Keimzelle des sozialen Zusammenhalts der (Stadt-)Gesellschaft und ein Wert an sich, der der Aufmerksamkeit und Pflege städtischen Handelns bedarf.

zu 7.

Eine signifikante und notwendige Verbesserung der Betreuungsquote für Wuppertaler Kinder unter drei Jahren ist nur durch eine Kombination von Kindertagesstättenplätzen und Tagespflegekinderplätzen (durch Tagesmütter) zu erzielen.

In Wuppertal gibt es derzeit 234 Tagespflegekinder. Die Verwaltung hat z. T. die Tagespflegeplätze in ihr Handlungsprogramm für unter Dreijährige integriert, will aber für die Betreuung von Kindern durch Tagesmütter im Rahmen der angestrebten Ausweitung auf eine stadtweite Betreuungsquote von zunächst 10 % für Kinder unter drei Jahren noch eine Zielquote erarbeiten. Dies halten wir für entbehrlich, da wir nach den Erfahrungen anderer Städte vergleichbarer Größenordnung von einer etwa hälftigen Aufteilung für Betreuungsplätze einerseits und Tagespflege andererseits ausgehen.

Bei derzeit angestrebten ca. 670 zusätzlichen Plätzen für Kinder unter drei Jahren ergibt sich somit ein Bedarf von ca. 350 zusätzlichen Tagespflegekinderplätzen (TPP).

Alle Tagesmütter, die ein Kind mehr als 15 Wochenstunden in Pflege nehmen, bedürfen der Qualifizierung und müssen gemäß der Maxime „Familie schafft Arbeitsplätze“ erst geworben, anerkannt und qualifiziert werden.

Für die Anwerbung, Überprüfung, Vermittlung und Begleitung von Tagespflegepersonen sowie die Beratung und Betreuung von Eltern hat der Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) derzeit 1,25 Stellen zur Verfügung. Die Verwaltung sollte daher prüfen, zu welchen Kosten das SKF seine Leistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausweiten kann bzw. inwieweit dieses auch Dritte oder die drei Familienbildungsstätten oder die VHS anbieten können.

zu 8.

Mit den Familienzentren ist ein generationenübergreifender Ansatz gefunden worden, um Familien in ihrem sozialräumlichen Umfeld bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungs- und Betreuungsaufgaben niederschwellig zu unterstützen. Durch ihre Nähe am Wohnort bieten sie Familien einen direkten Zugang und ermöglichen so eine frühzeitige und zielgenaue Prävention.

Es wurden drei Modelle für Familienzentren entwickelt:

Das Modell „Unter einem Dach“ stellt ein für ein Familienzentrum fest definiertes Angebot an Hilfen für Familien dar, die innerhalb der Einrichtung vorgehalten werden (Familienberatung, Familienbildung sowie Erziehungsberatung).

Dieses Modell erfordert für seine Umsetzung bauliche Veränderungen und einen erhöhten Personaleinsatz, deshalb ist es für Wuppertal nicht finanzierbar.

Das Modell „Lotse“ ist ein Verbund von Diensten, die eigenständig arbeiten, jedoch miteinander kooperieren. Die Kindertageseinrichtungen nehmen dabei als erste Anlaufstelle für Familien die Koordinierungsfunktion wahr.

Das Modell „Galerie“ bezeichnet ein Familienzentrum, das konkrete Hilfs- und Beratungsangebote unter seinem Dach vorhält. Im Gegensatz zum Modell „Alles unter einem Dach“ ist die Zusammenstellung des Angebots jedoch auf die konkreten Bedürfnisse des jeweiligen Stadtteils zugeschnitten.

Es ist für Wuppertal und die weitere Entwicklung seiner Familienzentren wichtig, in der Pilotphase unterschiedliche Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten. Daher sollte sich die Stadtverwaltung bis 2007 nicht allein auf das Lotsenmodell konzentrieren.

Insbesondere im Hinblick auf die soziale Entmischung in bestimmten Wohnquartieren und Stadtteilen und die Konzentration bestimmter gesellschaftlicher Gruppen etwa mit Migrationshintergrund erscheint eine Einrichtung nach dem Modelltyp „Galerie“ mit dem Profil „Förderung der Sprachkompetenz“ an geeigneter Stelle wünschenswert und erforderlich. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen können wertvolle Hilfestellungen für die beabsichtigte Einführung der verbindlichen Sprachtests für vierjährige Kinder ab dem Jahr 2008 geben.

Bereits 50 % aller Wuppertaler Kindergartenkinder, nämlich ca. 3.800 Kinder, kommen aus einer Familie mit Migrationshintergrund. Derzeit werden 930 Kinder in städtischen Einrichtungen und denen der Freien Träger sprachlich gefördert. Insgesamt nimmt Wuppertal mit 1.500 Menschen, die eine Sprachförderung erhalten, in NRW den Spitzenplatz ein.

zu 9.

Das Modell der Elternschule der Stadt Hamm, anderenorts auch als Familienakademie bekannt, ist ein vernetztes Programm unterschiedlicher Akteure für das Handlungsfeld „Hilfen zur Erziehung“.

Mit freundlichen Grüßen,

Bernhard Simon,  
CDU-Fraktionsvorsitzender

Klaus Jürgen Reese  
SPD-Fraktionsvorsitzender